



DFR – Kurz gesagt

Newsletter aus der Bundesgeschäftsstelle

38. Kongress der International Alliance of Women IAW

Auf dem 38. Kongress der International Alliance of Women, der vom 24.-26. November 2020 online stattfand, wurden 15 neue Vorstandsfrauen aus 15 Ländern und 4 Kontinenten gewählt. Neue Präsidentin ist Cheryl Hayles aus Kanada. Auf der Tagesordnung stand das Thema Care-Ökonomie, zu dem ein Statement verabschiedet wurde. Der DFR ist Mitglied und wirkt in der IAW mit. Mehr Infos unter:

<https://deutscher-frauenring.de/iaw-international-alliance-of-women/>

LGBTIQ Strategie der Europäischen Union

Unter dem Titel „Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ Personen 2020-2025“ hat die Europäische Kommission im November 2020 ihre erste umfangreiche LGBTIQ-Strategie veröffentlicht. Dazu findet sich ein Interview mit Richard Köhler, Senior Policy Officer bei Transgender Europe (TGEU), der Dachorganisation für die Rechte von trans* Menschen in Europa und Zentralasien unter:

<https://www.gwi-boell.de/de/2021/01/18/neue-eu-lgbtqi-strategie-staerkt-recht-auf-geschlechtliche-selbstbestimmung>

Analyse: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück?

Die vorliegende Analyse verschafft einen Überblick über die ersten vorliegenden Daten und Studien (bis Dezember 2020) zu Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Gleichstellung in Deutschland. Dabei werden die Themen Arbeitsmarkt, Vereinbarkeit, staatliche Unterstützung, psychische Belastung und die Zusammensetzung von Krisenstäben und Expert_innenrunden besonders in den Blick genommen. Im zweiten Schritt wird die Situation in den skandinavischen Ländern skizziert, um zu zeigen, wie sich die feste Verankerung von Gleichstellung als Ziel in Politik und Gesellschaft auch in Krisenzeiten auf Geschlechtergerechtigkeit auswirkt.

<https://www.fes.de/themenportal-gender-jugend-senioren/gender-matters/artikelseite/default-8ecd3d0372>

Berlin plant eine Migrantenquote von 35 Prozent für die Verwaltung

Als erstes deutsches Bundesland will Berlin eine Migrantenquote im öffentlichen Dienst einführen, die dem aktuellen Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin entspricht. Diese liegt derzeit bei 35 Prozent. Ziel ist, dass alle Menschen in der Stadt die gleichen Chancen haben und strukturelle Diskriminierung beseitigt wird.

https://www.tagesspiegel.de/berlin/erster-vorstoss-deutschlandweit-berlin-plant-eine-migrantenquote-von-35-prozent-fuer-die-verwaltung/26822470.html?utm_source=cp-vollversion